﻿﻿20. Sitzung des Rates

der Stadt Bergneustadt

am 18.10.2023

﻿Öffentliche Sitzung

1. ﻿Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen

1.1. Beratende Mitglieder im Schulausschuss

Die Verhinderungsvertreter der Schulleitung der Hauptschule wurden benannt.

2. Vertretung im Amt gemäß § 68 Abs. 1 GO NRW

hier: Bestellung des allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters

Der Rat hat auf Vorschlag des BM Frau Julia Schalles mit Wirkung vom 19.10.2023 zur Allgemeinen Vertreterin des Bürgermeisters im Amt gewählt. Im Auswahlverfahren der Stadt, an dem neben der Personalvertretung des Rathauses auch die Fraktionsspitzen vertreten waren, hatte sie bereits vorab ein einstimmiges Votum erhalten. Sie vertritt den Bürgermeister im Rathaus bei Abwesenheit in der Leitung der Verwaltung, die ehrenamtlichen stellvertretenden Bürgermeister vertreten den Bürgermeister bei repräsentativen Veranstaltungen.

1. Antrag der SPD-Fraktion betr. Aufwandsentschädigungsleistungen für die Freiwillige Feuerwehr Bergneustadt vom 12.08.2023

Die Feuerwehr Bergneustadt ist ehrenamtlich organisiert, lediglich der Leiter der Feuerwehr ist fest angestellt. Für die erheblichen Einsatz- und Fortbildungsstunden gibt es in Bergneustadt für die Ehrenamtler derzeit keine Vergütung. Die Stadt Bergneustadt stellt der Feuerwehr als freiwillige Ausgabe ein Bonussystem in Höhe von 20.000€ zur Verfügung, dass die Feuerwehreigenständig an die 150 Mitglieder verteilt.

Die SPD gab an, dass in Gummersbach die Ausbilder eine gesonderte Aufwandsentschädigung erhalten und forderte

* Die Pauschale des Bonussystems von 20.000€ auf 30.000€ zu erhöhen
* Die Ausbilder mit 15€ pro Unterrichtsstunde zu bezahlen
* Die monatliche Pauschale der Einheitsführer von 30€ auf 50€ und die der Stellvertreter von 23 € auf 35€ zu erhöhen.

Unbestritten ist, dass die geleistete Arbeit auf hiermit nicht angemessen bezahlt ist und grundsätzlich die Leistung der Kameraden nicht hoch genug gewertschätzt werden kann.

BM Thul wies aber darauf hin, dass dieser Antrag 1200 Stunden mit 15€bezahlt werden müssten und die 30€ bzw 23€ nach Entschädigungsverordnung festgelegt sind.

Insgesamt würden sich nach diesem Antrag die Mehrkosten auf rund 30.000€ pro Jahr belaufen. Als freiwillige Ausgabe können diese nur bei genehmigtem Haushalt getätigt werden, angesichts der drohenden Grundsteuererhöhung kann dies nur über eine weitere Erhöhung um 6 Punkte aufgefangen werden.

Zudem berichtete BM Thul, dass eine Bürgermeisterkonferenz zum Thema „Feuerwehr“ geplant ist, um eine einheitliche kreisweite Regelung für die Kameraden abzustimmen.

Daher haben wir den Antrag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

1. Antrag der SPD-Fraktion betr. Ausdehnung der Tempo-30-Zone "Stadtwald" auf die Talstraße vom 05.09.2023

Die SPD hatte beantragt, beim Oberbergischen Kreis zu beantragen, die gesamte Talstraße zur Tempo 30 Zone zu erklären.

Die Verwaltung erklärt, dass der Ausbau der Talstraße im Rahmen der Schulwegsicherung mit 1 Million Euro gefördert wurde und die Zweckbindung noch bis 2036 besteht. Dabei wurden Radfahrerschutzstreifen angebracht, die in Tempo-30-Zonen nicht erlaubt sind. Somit sei bei Ausweisung einer Tempo-30-Zone mit der Rückforderung der Fördermittel zu rechnen.

Vor Klärung dieser Frage machte eine Beratung des Antrages keinen Sinn, daher wurde der Antrag auf die Ratssitzung nach Antwort der BezReg auf die Möglichkeit einer Tempo-30-Zone vertagt.

1. Antrag der SPD-Fraktion betr. Stationierung eines Notarzteinsatzfahrzeugs in Bergneustadt vom 24.09.2023

Der Antrag wurde zurückgezogen

1. Prüfantrag/Antrag der UWG-Fraktion betr. Neubau Brücke Othetal vom 08.10.2023

Die UWG hatte beantragt, die Möglichkeit einer Klage gegen den Oberbergischen Kreis bezüglich des Brückenneubaus zu prüfen und ggf. einzureichen.

BM Thul hat erläutert, dass die Rechte der Stadt Bergneustadt formal nicht betroffen sind. Die UWG und einige andere Fraktionen haben noch Gesprächsbedarf und wollen ein Gespräch mit dem Landrat führen, der Klageantrag der UWG wurde daraufhin einstimmig abgelehnt.

Die CDU sieht in der Angelegenheit des Brückenneubaus keinen Bewegungspielraum des Kreises mehr und wird sich dem Gespräch nicht mehr anschließen. Nach der dreimonatigen Verkürzung der Bauzeit und der Ertüchtigung der Ausweichstrecken ist ein Kompromiss gefunden.

1. Mitteilungen
	1. Prüfauftrag zur Einführung einer Verpackungssteuer (Antrag der CDU-Fraktion

vom 05.06.2023, Rat 14.06.2023, TOP 18)

﻿Zum 16.5.2023 ist das Einwegkunststofffondsgesetz des Bundes in Kraft getreten, eine Verpackungssteuer wäre eine unzulässige Doppelbesteuerung. Es werden bereits Verfassungsbeschwerden gegen die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zur Zulässigkeit des „Tübinger Modell“ geführt. Die Verwaltung empfiehlt daher, vor Einführung einer Verpackungssteuer die Rechtssprechungen abzuwarten.

Die CDU sieht das genauso.

* 1. Anregung der CDU betr. PPP-Vertragsüberprüfung bzgl. Der Unterhaltung der

Schulen durch VINCI

Die CDU hatte angeregt, die im PPP Vertrag festgelegte „Kategorie 2“ für den Erhaltungszustand der Schulgebäude daraufhin zu überprüfen, in wie weit veraltete, aber noch funktionstüchtige Ausstattungen von VINCI zu ersetzen sind, wie z.B. veraltete naturwissenschaftliche Räume oder Toiletten.

Die Vetragslage ist in diesen Bereichen nicht eindeutig, hier sind Regelungen über die Kostenübernahme von Stadt und VINCI zu treffen. So hat sich VINCI an der Ausstattung mit WLAN und dem Ausbau der Chemieräume des Gymnasiums beteiligt und die Übernahme der Maler- und Bodenarbeiten im geplanten Physikraum der Realschule zugesagt, die Lehrertoiletten der Realschule renoviert und die Sanierung der Schülertoiletten in der Sonnenschule zugesagt.

Die CDU hat mit dieser Anfrage die Kosten für die Stadt reduziert.

1. Anfragen, Anregungen, Hinweise
	1. Anfrage der UWG-Fraktion betr. Weihnachtsbeleuchtung 2023 in Bergneustadt

vom 05.10.2023

Die UWG hatte nachgefragt, wie die Weihnachtsbeleuchtung 2023 gestaltet wird.

Für die Weihnachtsbeleuchtung entlang der B55 ist Bergneustadt Stadtmarketing zuständig, diese haben zugesagt, dass diese wieder wie üblich aufgehängt werde.

* 1. Anfrage der SPD-Fraktion betr. Wohnsituation in Mietwohnungen der Danziger

Straße, der Königsberger Straße und Zur Nordhelle auf dem Hackenberg vom 15.10.2023

Die SPD stellt die Anfragen zu den berichteten unzumutbaren Wohnverhältnissen in den o.g. Gebäuden. Der BM Thul berichtet detailliert von der intensiven Begleitung und Initiative der Stadt bei und zu dieser Problematik sowie von den rechtlichen Grenzen der Initiative der Stadt. Er begleitet dieses intensiv weiter und berichtet darüber regelmäßig dem Rat.

* 1. Anfrage des Stv. Schulte betr. Zusage zur schriftlichen Beantwortung seiner

Anfrage bezügl. Entwicklungsstand Gewerbegebiet Dreiort aus der Ratssitzung vom 30.08.2023

Die Stadt ist in den Kaufpreisverhandlungen mit Martinrea und hat ein Angebot abgegeben. Vor Einigung ist ein Zeitplan nicht möglich.

* 1. Anregungen und Hinweise des Stv. Rüsche betr. verschiedener Verkehrs- und

Parksituationen in Wiedenest

Herr Rüsche gab Beschwerden zu falsch geparkten Bussen auf den Gehwegen weiter. Hierfür ist aber nicht der Rat, sondern das Ordnungsamt zuständig, für den fließenden Verkehr die Polizei.

* 1. Anfrage des Stv. J. H. Pütz betr. Situation des ehemaligen ALDI-Standortes in der

Henneweide

Die Anfrage ist zu spät eingegangen und kann daher nicht beantwortet werden.

8.6. Anfrage des Stv. Hoene betr. Tagesordnungspunkt "Flüchtlinge/Asyl"

Die Zahlen Flüchtlinge/Asyl werden normalerweise in den Ratssitzungen bekanntgegeben, in dieser Sitzung wurde aufgrund der raschen Abfolge der Ratssitzungen von September bis November verzichtet.

* 1. Anregung des Stv. Gauer betr. Parkplatzmarkierungen Rathausparkplatz

Herr Gauer regt an, die Parkplatzmarkierungen am Rathaus nachzuziehen.

**Nichtöffentliche Sitzung**

1. Ökologische Werteinheiten (Ökopunkte)

hier: Angebotsannahme

1. Berichte aus den Gremien
2. Mitteilungen
3. Anfragen, Anregungen, Hinweise
	1. Anfrage des Stv. Pektas betr. Vorabinformation zur Haushaltsplanung 2024 des

Stadtkämmerers vom 22.09.2023

12.2. Anfrage des Stv. Gauer betr. Abschaffung der Straßenbaubeiträge